

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Melanie Reinecke (CDU)

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung

Warum ist die FSRU „Energos Force“ bislang nicht am Standort Stade im Einsatz?

Anfrage der Abgeordneten Melanie Reinecke (CDU), eingegangen am 11.08.2025 - Drs. 19/8032, an die Staatskanzlei übersandt am 13.08.2025

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung vom 09.09.2025

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das *Stader Tageblatt* berichtete am 30. Juni 2025 über Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des geplanten LNG-Terminals am Standort Stade sowie über Differenzen zwischen der Deutschen Energy Terminal GmbH (DET) und der Hanseatic Energy Hub GmbH (HEH), die in diesem Zusammenhang stehen sollen.¹

Ursprünglich war vorgesehen, das landseitige Terminal im Jahr 2027 in Betrieb zu nehmen. Als Übergangslösung war der Einsatz einer schwimmenden Einheit zur Lagerung und Regasifizierung von Flüssigerdgas (Floating Storage and Regasification Unit, FSRU) mit dem Namen „Energos Force“ vorgesehen. Nach öffentlich zugänglichen Informationen hätte die FSRU bereits ab März 2024 zur Verfügung stehen können. Aktuell befindet sich die Einheit jedoch nicht am Standort Stade.²

In der 62. Plenarsitzung des Landtages am 26. März 2025 äußerte sich der damalige Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, Olaf Lies, wie folgt: „Aber ich erwarte schon, dass beiden Seiten, sowohl die DET als auch die HEH, jetzt tatsächlich an Lösungen arbeiten. Ich werde in dieser Woche mit den Beteiligten zusammenkommen. Ich werde auch gerne die Informationen weiterleiten. Aber meine Erwartung ist, dass man dann einen Dritten, wie die Uniper, hinzuzieht, um objektiv zu prüfen, inwieweit die Infrastruktur leistungsfähig ist. Ich glaube, diese Erwartung eint uns alle in Niedersachsen.“³

Der Norddeutsche Rundfunk berichtete am 22. Juli 2025 über weitere Entwicklungen. Der amtierende Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen, Grant Hendrik Tonne, wurde mit den Worten zitiert: „Es ist jetzt an der Zeit, voranzukommen. (...) Das werden wir als Bundesland und Wirtschaftsministerium nicht nur freundlich bitten, sondern das erwarten wir auch. Es ist notwendig - und deswegen soll es auch betrieben werden.“⁴

Vorbemerkung der Landesregierung

Bis zum Jahr 2022 verfügte Deutschland über keine eigene LNG-Infrastruktur. Die damalige Bundesregierung hat aufgrund der durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Energiekrise die Option realisiert, LNG noch im Winter 2022/2023 nach Deutschland zu importieren, indem sie im Jahr 2022 fünf unmittelbar einsetzbare schwimmende LNG-Terminals, sogenannte Floating Storage and Regasification Units (FSRU), gechartert und sukzessive an der deutschen Küste installiert hat. Die

¹ <https://www.tageblatt.de/Nachrichten/LNG-Terminalschiff-unterwegs-Start-in-Stade-ungewiss-669909.html>

² https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/LNG-Terminal-in-Stade-Lies-draengt-auf-schnelle-Inbetriebnahme,stade1364.html

³ vgl. Stenografischer Bericht der 62. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, S. 4996, einsehbar unter: https://www.landtag-niedersachsen.de/parlamentsdokumente/steno/19_wp/endber062.pdf

⁴ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/lng-terminal-stade-niedersachsen-will-ende-der-haengepartie,lng-146.html

erste FSRU wurde in Wilhelmshaven bereits im Dezember 2022 in Betrieb genommen. Eine zweite FSRU in Wilhelmshaven hat im Mai 2025 den Betrieb aufgenommen. Die für den Standort Stade vorgesehene FSRU ist bislang nicht in Betrieb gegangen und befindet sich aktuell nicht vor Ort. Daneben wird eine FSRU in Brunsbüttel sowie eine FSRU auf Rügen betrieben. Die FSRU stellen dabei Übergangslösungen dar. In Niedersachsen wird derzeit an der Errichtung von zwei landseitigen Terminals zum Import von LNG in Stade und in Wilhelmshaven gearbeitet. Diese Terminals werden Green-gas-ready gebaut. Damit wird gewährleistet, dass LNG aus fossilen Quellen perspektivisch durch klimaneutrale gasförmige Energieträger ersetzt wird, was wesentlich zur Reduzierung von Treibhausgasimmissionen beitragen wird.

1. Seit wann ist der Landesregierung bekannt, dass die FSRU „Energos Force“ trotz dem Vernehmen nach abgeschlossener Genehmigungsverfahren und errichteter Infrastruktur bislang nicht am Standort Stade eingesetzt wird, und welche Maßnahmen hat die Landesregierung seitdem ergriffen?

Das Genehmigungsverfahren für die FSRU ist mit Bescheid vom 22.12.2023 abgeschlossen. Die Frist zur Inbetriebnahme der FSRU Stade war in der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 22.12.2023 festgelegt bis zum 31.05.2024; diese Frist wurde von der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg, mehrfach verlängert:

- mit Bescheid vom 30.05.2024 bis zum 31.10.2024,
- mit Bescheid vom 15.10.2024 bis zum 31.01.2025,
- mit Bescheid vom 10.03.2025 bis zum 30.06.2025,
- mit Bescheid vom 28.07.2025 bis zum 31.12.2026.

Die Landesregierung hat am 26.01.2025 aus der öffentlichen Berichterstattung erfahren, dass die FSRU „Energos Force“ Stade vorübergehend verlassen hat, um Routinebaggerarbeiten im Hafenbecken zu ermöglichen.

Als die FSRU nicht nach Stade zurückkehrte, sondern Ende März in Skagen, Dänemark, auf Reede ging, lies sich die Landesregierung am 04.04.2025 sowohl von einem Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) als auch von Vertretern der Hanseatic Energy Hub GmbH (HEH) über den Status informieren. Das BMWE legte dabei dar, dass die Suprastruktur für die Entgegennahme des Gases vom Schiff nach Einschätzung der DET und deren externer Gutachter noch nicht fertigstellt und betriebsbereit sei. Dieser Termin hat auf Einladung des damaligen niedersächsischen Wirtschaftsministers Olaf Lies mit Vertretern der Deutschen Energy Terminal GmbH (DET), des Kanzleramtes und von Uniper SE (Uniper) sowie Energieminister Christian Meyer stattgefunden. In diesem Termin wurde die Bedeutung des Terminals für die Versorgungssicherheit noch einmal bekräftigt.

Das BMWE informierte Energieminister Christian Meyer am Rande der Energieministerkonferenz am 22.05.2025 in Rostock schließlich darüber, dass das Bundesministerium entschieden habe, die „Energos Force“ vorläufig unterzuvermieten, bis eine Entscheidung über die weitere Nutzung getroffen wird.

Am 27.06.2025 erfolgte auf Einladung von Ministerpräsident Olaf Lies ein weiterer Termin mit ähnlichem Teilnehmerkreis wie am 04.04.2025. Uniper präsentierte darin die Ergebnisse der Inspektion und Handlungsempfehlungen für eine alsbaldige Inbetriebnahme. DET erklärte in diesem Termin, dass sie sich in aussichtsreichen Verhandlungen über die Vercharterung der „Energos Force“ befindet, um zu vermeiden, dass das Schiff unnötig Kosten versucht, solange das Terminal in Stade nicht fertiggestellt ist. Am 30.06.2025 hat das BMWE die Landesregierung darüber informiert, dass die Verhandlungen zur Subvercharterung sehr weit fortgeschritten sind. Kurz darauf berichteten Medien, dass die FSRU bis Januar 2026 nach Jordanien verchartert sei.

- 2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich der möglichen Einbindung eines unabhängigen Dritten zur Bewertung der vorhandenen Infrastruktur vor?**
- 3. Wurde dieser unabhängige Dritte inzwischen bereits hinzugezogen? Wenn ja, seit wann ist die unabhängige Unterstützung eingebunden? Wenn nein, warum nicht?**

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf Vorschlag des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Bauen wurde der Energieversorger Uniper als unabhängiger Dritter zur Bewertung der vorhandenen Infrastruktur eingebunden. Am 30.04.2025 beauftragte DET gemeinsam mit HEH die Uniper über die „technische Beratung in Bezug auf die geplante Inbetriebsetzung des LNG-Terminals Stade“. Uniper führte eine Inspektion durch und legte am 16.06.2025 allen Teilnehmern des Termins am 04.04.2025 eine Präsentation über die Inspektionsergebnisse vor. Aus dem Bericht geht hervor, dass aus Sicht von Uniper die technische Inbetriebnahme des Terminals innerhalb von fünf Monaten erfolgen kann. Es bestünden keine, Zitat: „Showstopper“, das Terminal sei aber auch aktuell noch nicht betriebsbereit.

- 4. Welche politischen Einflussmöglichkeiten bestehen nach Kenntnis der Landesregierung gegenüber DET, und inwiefern wurden diese bisher gegebenenfalls genutzt?**

Ziel der Bestrebungen der Landesregierung war und ist es als Vermittler zwischen den Akteuren zu wirken, eine konstruktive Gesprächsatmosphäre zu schaffen und Lösungsoptionen aufzuzeigen mit dem Ziel, die FSRU in Stade in Betrieb zu nehmen. Das Land ist jedoch kein Vertragspartner. Der Betrieb und die Herstellung der Suprastruktur liegt in der Zuständigkeit des Bundes.

Bezüglich des weiteren Fortgangs in Stade wird auf das BMWÉ verwiesen.

- 5. Wie bewertet die Landesregierung ihre Rolle im Zusammenhang mit der bislang nicht erfolgten Inbetriebnahme der FSRU „Energos Force“ in Stade?**

Die Landesregierung hat proaktiv gehandelt, indem es alle Beteiligten zu Verhandlungen zusammenführte und mit Uniper ein erfahrenes Unternehmen als unabhängigen Dritten einbrachte, dessen Handlungsempfehlungen zur technischen Vorgehensweise die Lösung der Differenzen zwischen DET und HEH ermöglicht.

Die Landesregierung ist weiterhin im engen Austausch mit den Beteiligten, um die noch laufenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Da die Gewährleistung der Versorgungssicherheit eine gesamtstaatliche Verantwortung darstellt, ist es Aufgabe der Bundesregierung, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.